

Jochen Bittner
Zur Sache, Deutschland!

Jochen Bittner

ZUR SACHE, DEUTSCHLAND!

Was die zerstrittene Republik wieder eint

 Edition
Körber

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Edition Körber, Hamburg 2019

Umschlag: Groothuis. www.groothuis.de

Herstellung: Das Herstellungsbüro, Hamburg | buch-herstellungsbuero.de

Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck

Printed in Germany

ISBN 978-3-89684-270-1

Alle Rechte vorbehalten

www.edition-koerber.de

Play the ball, not the man.

ENGLISCHES SPRICHWORT

Inhalt

Teil eins: Die Lage der Nation

Die nervöse Berliner Republik 11

Eine kurze Bilanz der Nach-Mauer-Zeit 17

Die fünf deutschen Spaltungen

1. Von Globalisten und Nativisten
Wie viel Entgrenzung darf sein? 29

2. Die neue Ost-West-Teilung
Frontstaat Deutschland 49

3. Das beste Deutschland aller Zeiten?
Die neue Verteilungsgerechtigkeit 62

4. Weil es so einfach ist
Identitäten als Ersatzschlacht 72

5. Follow me
Die Berliner Twitter-Republik 81

Das Land entgiften

Weil wir Wichtigeres zu tun haben 93

Teil zwei: Die heißen Eisen

Migration

Die Pflicht gegenüber Verfolgten und die Pflicht
gegenüber dem Land 105

Islam	
Eben keine Religion wie jede andere	134
Integration	
Linke und rechte Lebenslügen	156
Leitkultur	
Das falsche Wort für die richtige Sache	166
Heimat	
Es geht auch modern	186
Feminismus	
Ja, aber bitte ein mehrheitsfähiger	197
Journalisten	
Diskursermöglicher oder Diskursverhinderer?	219
Schlusswort	245
Danksagung	249
Anmerkungen	251

Teil eins

Die Lage der Nation

Die nervöse Berliner Republik

Jeder Ski-Anfänger¹ kennt diese Schrecksekunde. Beim Versuch, am Hang die Kurve zu nehmen, geraten die Beine aus der Spur, sie driften nach außen, der Oberkörper schwankt, und der Instinkt ruft: Oh, là, là, abfangen, sanft landen!

Ungefähr an diesem Punkt befindet sich ein Vierteljahrhundert nach ihrer Ausrufung die Berliner Republik. Der Name bürgerte sich ab Anfang der 1990er-Jahre ein, zur Beschreibung des Abschiedes von der Bonner Republik und als Aufbruchsmotto in ein neues Zeitalter des wiedervereinigten Deutschlands, das nun eine gemeinsame Hauptstadt hatte. Zunächst wurde er eher feuilletonistisch verwendet, oft verbunden mit der Hoffnung, der Umzug nach Berlin könne die Entstehung einer neuen nationalen Identität oder zumindest eines neuen Politikstils auslösen.² Hier soll der Begriff zeitlich beschreibend für das Deutschland nach dem Mauerfall verwendet werden.

Dieses Berliner-Republik-Deutschland erweist sich unsicherer, irritierbarer und, auf glattem Untergrund, instabiler, als viele seiner Bürger dachten.

Wenn der Boden unsicher wird, glauben Optimisten, lernt man den festen Stand. Aber bringt diese Gesellschaft über-

haupt noch genügend Zusammenhalt für die notwendigen Balanceübungen auf? In den vergangenen Jahrzehnten sind immerhin zwei Dinge gleichzeitig passiert. Die Piste wurde immer holpriger, und die Glieder der Gesellschaft wurden einander immer fremder.

Die Deutschen, könnte man auch sagen, haben vor lauter Nervosität noch keinen gemeinsamen Fahrstil für das 21. Jahrhundert gefunden. Stattdessen klammern sie sich in einer Art Angstlust an Fragen nach ihrem ganz persönlichen Verbleib in der Gesellschaft. Ein gängiges Muster vieler öffentlich und privat ausgetragener Debatten, ob zur Migration, zum Islam, zum Deutschsein, zur Ökologie oder zum Frausein, ist es, dem Gegenüber zu unterstellen, dass es die eigene Erfahrungswelt völlig übersieht. Dieser Zusammenprall der Welten könnte fruchtbar für das Zusammenleben sein, denn er ließe sich zum gegenseitigen Erkenntnisgewinn nutzen. Aber der gemeinsame Geländegewinn ist häufig gar nicht das Ziel des Streits. Stattdessen geht es um Abgrenzung und Revierausdehnung. Wozu schwierigen Konsens suchen, wenn das Abstecken des Dissenses leichteren Applaus verspricht? Persönliche Angriffe zu wittern, wenn sachliche Kritik gemeint ist, stärkt die Gruppenidentität. Früher nannte man diese antiaufklärerische Haltung Stammesdenken. Dieses Denken ist zurückgekehrt, auf nationaler wie auf internationale Ebene.

Ende November 2018 brach in Deutschland eine Debatte über den UN-Migrationspakt aus. Der Pakt verfolgt das Ziel, die Behandlung von Migranten weltweit zu verbessern, was durchaus bewirken könnte, dass sich dann weniger Migranten auf den Weg nach Europa machen würden. Der Pakt

enthält aber auch einige zweifelhafte Formulierungen, aus denen erkennbar wird, dass Migration per se zu begrüßen sei und dass die Regierungen darauf hinwirken sollen, ihren Bevölkerungen diese Sichtweise schmackhaft zu machen. Zu Recht wünschten sich viele Bürger, über den Pakt besser informiert zu werden und seine Inhalte noch einmal gründlich zu diskutieren. Als Jens Spahn, damals einer der Anwärter auf den CDU-Vorsitz, sich dieser Forderung anschloss, warf ihm die SPD-Bundesjustizministerin Katarina Barley vor, »die inhaltliche Nähe zu AfD, Trump, Orban und Kurz« zu suchen.³ Statt Debatte setzte es einen Stempel. Die Zuweisung zu einem Stamm, zu einer Gruppe (vermeintlich) gleich übel Gesinnter, ersetzte das Argument.

In denselben Tagen kündigte eine Gruppe Akademiker in Oxford an, eine Wissenschaftszeitschrift herauszubringen, die die Namen der publizierenden Autoren verschweigen soll. Ein solches *Journal of Controversial Ideas* sei notwendig geworden, so die Initiatoren, damit Forscher stress- und angstfrei Studien und Thesen veröffentlichen könnten, die vorhersehbar Empörung oder Aggression auslösen. Wer beispielsweise über biologische oder psychologische Besonderheiten von Ethnien oder Geschlechtern publizieren wolle, und sei es nur über die unterschiedliche Wirkung eines Arzneimittels, müsse mit heftigen Vorwürfen rechnen. Auch nur einen hauchdünnen Unterschied zwischen Mann und Frau aufzuzeigen, könne üble Konsequenzen haben.⁴

Nicht nur Deutschland ist erhitzt und nervös, so ziemlich die ganze Welt ist es. So wie sich die Berliner Republik in Mini-Nationen aufgespalten hat, mit jeweils eigenen Gruppenidentitäten, so verlangen auf der globalen Bühne immer

mehr Gruppen, ja ganze Staaten nach neuer Anerkennung, weil sie fürchten, in den Wirren der Post-Mauer-Welt nicht ihren angemessenen Platz abzubekommen.

Wenn die Amerikaner ihr Land wieder »groß« machen wollen, wenn die Briten die »Kontrolle« zurückhaben möchten, wenn die Katalanen wähnen, losgelöst vom spanischen Zentralstaat erfolgreicher zu sein, wenn Russland wieder glaubt, seine Grenzen am besten verteidigen zu können, indem es sie ausdehnt, dann überlagern nationale Identitätsfragen nationale Interessen. Am Ende schadet diese Angstaggression der ganzen Weltgemeinschaft, sprich, auch denen, die um ihren Platz besorgt sind.

Ähnliche Denkmuster, einschließlich einer Dominanz der Emotion über die Rationalität, zeichnen sich innerhalb Deutschlands ab. Natürlich ist es nicht grundsätzlich falsch, Respekt zu verlangen, ob als Frau, als Einwanderer, als Ostdeutscher oder als Arbeiter, der seine politische Heimat verloren hat. Zu lernen, wie es ist, ein anderer zu sein, ist die Grundbedingung einer funktionierenden Demokratie. Allerdings geben immer mehr Bürger und Politiker zu oft der Verlockung nach, lieber die leichten Erregungs- und Betroffenendebatten zu führen, als sich in schwierige Inhaltisdiskurse zu begeben. Man könnte auch sagen, dass sich ein intellektueller Defätismus breitgemacht hat, in dem Identitätsfragen Inhaltsfragen ausstechen, nach dem Muster: Wer bist du, meine Wahrheit anzuzweifeln?!

Angesichts eines Berges von Problemen und angesichts der Angst, im immer größer werdenden Chor der Interessenstimmen nicht genug Aufmerksamkeit zu bekommen, sind wir Deutschen sehr fleißig geworden im Empören – und ein wenig zu faul im Erforschen. In den sozialen Medien zeigen

die Schärfe und die Kompromisslosigkeit der Auseinandersetzung bisweilen eine regelrechte Bürgerkriegsmentalität. Mit Leidenschaft geht es ums Ganze, mit Widerwillen um Details.⁵ Gerade Amerika und Großbritannien sind abschreckende Beispiele dafür, wie tief es Länder zerreißen kann, die den Grundkonsens über ihre Identität verloren haben und die es Populisten erlauben, aus dieser Spaltung Nutzen zu ziehen.

»Schüler sowohl als Lehrer schlafen auf ihrem Posten ein, sobald sich kein Feind mehr blicken lässt«, schrieb der englische Philosoph John Stuart Mill.⁶ Der Ausspruch bringt gut auf den Punkt, welcher Schlummerzustand sich in vielen westlichen Demokratien nach dem weltgeschichtlichen Wendejahr 1989 eingestellt hat. Die Selbstgerechtigkeit über den Triumph der liberalen Demokratie lähmte die Wachsamkeit über ihre Fundamente. Jetzt, da viele Bürger wieder Gefahren erblicken – Masseneinwanderung, Islamismus, den Verlust des Gewohnten –, sind einige Gesellschaften panikartig aufgeschreckt und haben den kühlen Kopf verloren.

Noch hat Deutschland die Gelegenheit, aus den Überreaktionen und Fehlern in anderen Ländern zu lernen. Noch haben sich viele Risse in der Berliner Republik nicht zu Brüchen ausgewachsen. Nutzen wir die Chance für ein verständlicheres Selbstverständnis, die darin liegt.

Dieses Buch ist der Versuch, mit einigen Debattenmustern zu brechen, die verlässlich nirgendwohin führen als in die Spaltung. Es ist ein Vorschlag für neue Denkschritte bei gerade jenen Themen, die das Land am schärfsten polarisieren. Die bescheidene Hoffnung lautet, einen Beitrag für ein zeitgemäßeres, inklusiveres deutsches Selbstverständ-

nis zu leisten. Allen Empörten sollte man schon deswegen mit Skepsis begegnen, weil Empörung oft eine Entlastungsreaktion ist; man spürt zwar die eigene Verantwortung für Fehlentwicklungen, kann sie aber auf keinen Fall eingestehen, denn das könnte zum Ausschluss aus dem Stamm der Gleichgesinnten führen. Zwecks Zugehörigkeitsbeweis wird dann lieber umso lauter auf die Gegenseite eingeschrien. Was wiederum was erzeugt? Genau. Empörung.

Jeder neue Fahrstil beginnt mit einer sicheren Ausgangsposition. Wenn diese Gesellschaft ruhig durchatmet und etwas gründlicher in sich hineinhört, stellt sie vielleicht fest, dass sie gar nicht so viel trennt, wie sie denkt.

Also: *Entpört* euch! Wir haben Besseres zu tun.

Eine kurze Bilanz der Nach-Mauer-Zeit

*In meinem Königreich musst du so schnell rennen,
wie du kannst, um am selben Fleck zu bleiben.*

DIE ROTE KÖNIGIN ZU ALICE IM WUNDERLAND

Was ist eigentlich passiert in den vergangenen 25 Jahren? Welche Risse schlummerten im Gefüge der Berliner Republik, und warum bedrohen diese Risse heute die politische Mitte? CDU und SPD, die traditionellen Volksparteien, erhalten in einigen Bundesländern nicht einmal mehr als Große Koalition eine Mehrheit. Bei der Bundestagswahl 1990 versammelten CDU/CSU und SPD noch 60,2 Prozent aller Stimmen auf sich. Im September 2017 waren es so wenige wie noch nie, 40,7 Prozent.

Die wiedervereinigten Deutschen stellen heute fest, dass sie längst nicht so zusammengewachsen sind, wie sie sich dies ab 1989 vorgestellt hatten. Im Gegenteil, eine Generation nach dem Mauerfall wird ihnen immer klarer, was sie trennt. Die wiedererwachte Ost-West-Teilung ist nur die deutlichste Form dieser Spaltung, aber sie ist nicht die einzige, die sich durchs Land zieht. Die Deutschen leben in einer Nation der unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Eine »in-

«nere Elbe» trennt Alt und Jung, Stadt- und Landbevölkerung, Globalisten und Nativisten, Nach-vorne-Preschende und Zurückbleibende. Diese Spaltung spiegelt sich wider im Erfolg der Parteien am rechten und linken Rand, der AfD und der Linkspartei, auf die manche als Bremspedal gegen zu viel Gegenwartsbeschleunigung setzen. Die politische Mitte verliert an Kraft und Gewicht, sowohl in der gesellschaftlichen Debatte wie im Parlament.

Während Deutschland zum größten, reichsten und einflussreichsten Land Europas heranwuchs, vor allem zum Moderator zwischen anderen Ländern, hat es versäumt, sein eigenes Gleichgewicht zu schulen.

Bis zur Jahrtausendwende war diese Instabilität kaum zu bemerken. Dann jedoch begannen sich mehrere Modernisierungsschübe zu überlagern und sich teilweise gegenseitig zu verstärken: die Globalisierung, die (währungs-)politische Integration Europas, die Digitalisierung, ein weltweiter Wettlauf von Staaten und Individuen nach Anerkennung sowie die Massenmigration. Zugleich entpuppten sich wichtige Großversprechen, die die Regierenden – wie auch viele Journalisten – der Bevölkerung nach der Zeitenwende von 1989 gemacht hatten, als gelinde gesagt brüchig.

Die Globalisierung erzeugte eben nicht die Flut, die alle Boote gleich weit nach oben hob. Stattdessen bekamen einige Boote sehr viel mehr Auftrieb als andere. Der Euro, gedacht als Stärkung des europäischen Wirtschaftsraums gegen asiatische Konkurrenz, verführte die Regierungen einiger EU-Staaten und eine Menge Banken zu einer verschwenderischen Sorglosigkeit im Umgang mit anderer Leute Geld. Die Kosten dafür sollten später junge Südeuropäer

zu tragen haben, die keine Jobs finden, irische Familien, die von Hypotheken erstickt werden, und griechische Rentner, die ihre Medikamente nicht mehr bezahlen können. Währenddessen bürgen Deutschland und andere EU-Länder zähneknirschend für Rettungsmilliarden, deren Bereitstellung unter Bruch des Verbots der Schuldenübernahme beschlossen wurde.

Als ein ähnlich unreifes Konstrukt wie die Eurozone entpuppte sich der Schengenraum. Der Wegfall der Grenzkontrollen zwischen den meisten EU-Staaten war weder hinreichend durch den Schutz der EU-Außengrenzen unterfüttert noch durch ein gemeinsames Migrations- und Flüchtlingsmanagement. Die mittel- und nordeuropäischen Länder hatten es lange Zeit vor allem den EU-Mittelanrainern überlassen, sich um Flüchtlinge und Einwanderer zu kümmern, in dem falschen Optimismus, man werde auf lange Sicht mit überschaubaren Zahlen zu tun haben.

Als einigermaßen zweckoptimistisch schließlich erwies sich nach dem 11. September 2001 das jahrelang herrschende Mantra vieler Politiker, Akademiker und Meinungsmacher, der islamistische Terrorismus habe nichts mit dem Islam zu tun.

Heute ist klar: Wenn das Jahr 1989 die Nach-Mauer-Epoche einläutete, fing diese Epoche schon wenige Jahre später an, zu Ende zu gehen, und zwar in drei Akten. Den 11. September 2001 in den USA und die folgenden Terroranschläge in Europa begriffen viele Menschen im Westen als Bestätigung von Samuel Huntingtons These vom »Kampf der Kulturen«. Plötzlich wurde die »flache Welt«, in der geografische Distanz kaum noch ein Hindernis darstellte (nach dem Titel

eines Epochen-Buches des amerikanischen Journalisten Thomas L. Friedman⁷⁾, zu einer ziemlich gefährlichen Ebene. Die anschließenden Interventionen in Afghanistan, Irak und Libyen haben dem Westen eben nicht mehr Sicherheit gebracht, sondern mehr Tote. Zu den gefallenen Soldaten in den Einsatzländern kamen ermordete Zivilisten in Europa. Dabei war die Bilanz aus deutscher Sicht noch glimpflich. Die Bundeswehr hatte in Afghanistan 57 Tote zu beklagen. Bei der britischen Armee waren es – bei einer kleineren Bevölkerung – mehr als zehnmal so viele, über 600. Und wofür diese Opfer? Aus dem Terrornetzwerk al-Qaida wurde über Umwege der »Islamische Staat« (IS), der eine Zeitlang tatsächlich Territorialform hatte *und* seine Mitglieder weltweit rekrutiert. Von allen europäischen Staaten wurden Frankreich und Großbritannien am schwersten von islamistischen Terroranschlägen getroffen. Auch dies sollte man sich rückblickend klarmachen, wenn man sich fragt, warum die Autorität der Eliten aus Sicht der Bevölkerung so angeschlagen ist, wie es etwa im Votum für den Brexit zum Ausdruck kam und in der Beinahewahl der Front-National-Führerin Marine Le Pen zur französischen Staatspräsidentin.

Als Nächstes diskreditierte die Finanzkrise ab 2008 den »Neoliberalismus«, oder präziser gesagt: Die Zauberlehrlinge der Börsen hatten bewiesen, dass sie ihren eigenen Finanzkapitalismus nicht begriffen haben. Im Irrglauben, man könne Profite von Produktivität entkoppeln, hatten sie Derivate auf Derivat-Derivate gestapelt. So wuchs ein Turm von Risiken, der keine Basis hatte und irgendwann zusammenbrechen musste. Den Schaden trugen Hunderttausende Hausbesitzer, vor allem in den USA, die nun sagenhafte Kredite für oft geringwertige Immobilien abstottern müssen. Viele

Europäer unterschätzen die psychologischen Effekte dieses Desasters, das an einen Kern des Selbstverständnisses der Amerikaner rührt, an den *American Dream*. Die Finanzkrise setzte auf ein ohnehin angeschlagenes nationales Selbstbewusstsein auf, weil die Militärweltmacht USA sich an Steinzeitfundamentalisten aufrieb. »Wir hatten das Gefühl, in zwei Kriege verstrickt zu sein, die wir nicht gewinnen konnten und die zu einem überproportional großen Teil von Soldaten bestritten wurden, die unsere Freunde und Nachbarn waren. Unsere Wirtschaft erfüllte nicht einmal das elementarste Versprechen des amerikanischen Traums«, schreibt der aus der Arbeiterschicht Ohios stammende James David Vance in seinem Buch *Hillbilly-Elegie* über die tiefe Krise der amerikanischen Gesellschaft.⁸

Der dritte Akt, der den Optimismus der Nach-Mauer-Zeit beendete, war die Massenmigration, die in die USA aus Richtung Südamerika einsetzte und ab 2015 aus dem Nahen Osten und Afrika nach Europa. Die Wanderung der Armen und Flüchtenden in den ohnehin nervösen Norden ließ alle drei Ängste, die vor kultureller »Überfremdung«, vor Terrorismus und vor einer fortgesetzten ökonomischen Talfahrt, kulminieren.

Während das alles passierte, wanderten immer mehr Bürger in die sozialen Netzwerke ein, woraufhin dort, um Thomas Hobbes zu bemühen, der Mensch des anderen Menschen Wolfsgeheul wurde. Der Leitwolf in den USA hieß Donald Trump, diejenigen in Großbritannien hießen Brexiteers. Das Misstrauen zwischen dem sogenannten Establishment und den Wählern grassierte nicht zuletzt wegen einer verbreiteten Nutzung der Online-Netzwerke in der angelsäch-

sischen Welt früher und heftiger als in Deutschland – und es erstreckte sich auch auf Vertreter des Establishments untereinander. »Dieses Land hat genug von Experten«, kommentierte im Juni 2016 der damalige britische Justizminister Michael Gove einen Streit von Wirtschaftswissenschaftlern darüber, ob der Brexit der Volkswirtschaft schaden werde oder nicht.⁹

Im Grunde genommen ist die Methode Trump nichts anderes als der Appell, auf seine Instinkte zu hören statt auf Institutionen. Wer kennt das schließlich nicht: Wenn der Kopf überfordert ist – bei der Entscheidung, diesen Handyvertrag abzuschließen oder jenen, hierhin in den Urlaub zu fahren oder doch eher dorthin –, übernimmt im Zweifel der Bauch.

In Deutschland gab es früh auch so einen Moment des lauten, kollektiven Bauchgrollens, wenn zunächst auch auf anderer Ebene. Im Jahr 2010 wurde ein Buch, das sämtliche etablierten Medien zerrissen, das die Kanzlerin »nicht hilfreich« nannte und das führende SPD-Politiker nach einem Parteiausschluss seines Autors rufen ließ, zum erfolgreichsten Bestseller seit der Wiedervereinigung. Thilo Sarrazins teilweise biologisch argumentierendes Werk *Deutschland schafft sich ab* verkaufte sich mehr als 1,5 Millionen Mal. Der Verdacht liegt nahe, dass eine Menge der Käufer dieses Wutausbruchs nicht notwendig Sarrazins These, sondern die Pose des Autors als Rebell gegen den Mainstream belohnen wollten, dass sie also sozusagen Denkmittelkäufer waren. Im Rückblick war der Sarrazin-Moment ein Warnsignal, das zeigte, wie viele Deutsche Lust an der Provokation empfanden, weil ihnen der Meinungskorridor zu eng, die Auseinandersetzung zu politisch korrekt und die Eliten zu arrogant

erschieden. Drei Jahre später sollte sich eine Partei gründen, die diese Bürger als Wählerpotenzial hob.

Bei der Wahl zum bayerischen Landtag im Oktober 2018, bei der die Alternative für Deutschland (AfD) aus dem Stand 10,2 Prozent der Stimmen erhielt, sagten nur 47 Prozent ihrer Wähler, sie hätten ihr Kreuz wegen der politischen Forderungen bei der AfD gemacht. 48 Prozent gaben an, sie wollten anderen Parteien einen Denkartel verpassen.¹⁰ Die AfD zieht zwei Bevölkerungsschichten an: jene Wähler, die Politiker vorziehen, die eher unvorsichtig sagen, was sie denken, statt solche, die dazu zu vorsichtig sind. Und dann gibt es die gefährlicheren Wähler, diejenigen, die hoffen, dass AfD-Politiker das denken, was sie sich selbst oft nicht zu sagen trauen.

Im Sommer 1989 rief der US-Politologe Francis Fukuyama das von Hegel in Aussicht gestellte Ende der Geschichte aus. Innerhalb von nicht einmal dreißig Jahren ist dieser Friedens-und-Wohlstands-Optimismus einem Antagonismus zwischen Staaten und Bürgern gewichen, wie es ihn seit dem Kalten Krieg nicht mehr gab. Nur dass dieser Antagonismus heute deutlich lauter und persönlicher ist, weil er einen jeden Tag vom Handydisplay anschreit. Immer mehr Deutsche tragen politische Aufladung buchstäblich am Körper. Die Privatsphäre ist politisch, der Twitter-Account ein öffentliches Parteibuch.

Was war es sicher und gemütlich in der Mauerwelt. Und wie langweilig. Im Vergleich zu den Wanderpfaden, auf denen sich Politik und Gesellschaft der alten Bundesrepublik bewegten, ist die Oberfläche, auf der die Berliner Republik gründet, glatt, uneben und schwer einzusehen. Jeder Bür-

ger merkt: Es braucht neue Körperbeherrschung und Konzentration, um da nicht ins Rutschen zu geraten. Denn je schneller sich die Welt bewegt und je komplexer die Probleme werden, desto mehr geistige Flexibilität und desto mehr gedankliche Klarheit erfordert es, den richtigen Kurs zu steuern. Gleichzeitig wännen viele Bürger diese Klarheit bei ihren Repräsentanten nicht in ausreichendem Maße vorhanden. Die Krux der Krise des Westens, so der britische Journalist Edward Luce, bestehe darin, dass »unsere Gesellschaften gespalten sind zwischen dem Willen des Volkes und der Herrschaft der Experten – zwischen der Tyrannei der Mehrheit und dem Club der eigennützigen Insider«. ¹¹

Deutschland ist noch nicht so weit abgerutscht wie andere Staaten. Aber auch in der Berliner Republik hat das Vertrauen vieler Bürger zu ihren Sherpas dramatisch gelitten, zu Politikern, Akademikern und Journalisten. Eben jene Repräsentanten, die so dringend gebraucht würden, um Orientierung und Entscheidungen zu liefern, das sind doch die, so grummelt es, die sich bei all den Großversprechen geirrt haben.

Im Juni 2018 kam eine internationale Studie, der Democracy Perception Index, nach der Befragung von 125 000 Menschen in 50 Ländern zu dem Ergebnis, dass Bürger demokratischer Staaten ihre Regierungen kritischer beurteilen, als Bürger autoritärer Staaten dies tun. In Demokratien, so die Studie, sei der Eindruck besonders verbreitet, die Regierungen handelten nicht im Interesse ihrer Bürger. Auch 64 Prozent der Deutschen sähen dies so, gegenüber nur 41 Prozent der Bürger in nichtdemokratischen Staaten. ¹² Diese Ergebnisse sind mit gehöriger Vorsicht zu lesen. Schließlich muss

man davon ausgehen, dass sich die Bürger in repressiven Regimen eher weniger trauen, Missfallen auszudrücken. Dennoch, selbst isoliert gelesen ist der Befund für Deutschland alarmierend.

Auch das Klima gegenüber Journalisten hat sich in den vergangenen zehn Jahren merklich verändert. Warum, fragte mich einmal ein wütender Leserbriefschreiber aus Ostdeutschland während der Krimkrise 2014, soll ich euch Wessi-Journalisten bei der Ukraine-Berichterstattung vertrauen, wenn ihr nicht mal Ostdeutschland verstanden habt? Solche Skeptiker haben einen Punkt. Allerdings gibt es zwei Möglichkeiten, darauf zu reagieren.

Die erste ist, die entstandenen Legitimitätsschäden der Repräsentation und der liberalen Demokratie auszubeuten und den Frust vieler Bürger in Zerstörungslust zu verwandeln. (Damit der Begriff der »liberalen Demokratie« keine wohlklingende Hülse bleibt: Eine liberale Demokratie ist eine Demokratie, in der garantierte Freiheiten unabhängig vom Mehrheitswillen gelten, in ihr bleiben die Meinungs-, Religions- oder Versammlungsfreiheit auch dann garantiert, wenn ihre konkreten Ausformungen den meisten Bürgern nicht gefallen.) Kaputter machen wollen, was angeschlagen ist: Sozialpsychologen nennen das den *Broken Windows*-Effekt. Ist an einem Haus erst einmal eine Scheibe eingeschmissen, sinkt die Hemmschwelle, noch mehr Fenster einzuschlagen und am Ende das ganze Gebäude zu zerstören.

Zerstörung und Abriss sind die schnellste und billigste Art von Opposition, und Schadenfreude ist ihr Antrieb. Anti-Establishment-Politik als Affekthandlung ist das Erfolgsrezept von Populisten, von Donald Trump, von Nigel Farage und von Recep Tayyip Erdoğan. Deutschlands New Kids On

The Block ist die AfD. Ihr Feindbild ist so klar, wie ihr Zukunftsbild unklar ist.

All diesen Schadensprofiteuren ist gemein, dass sie davon leben, dass die Probleme, die sie beklagen, ungelöst bleiben. Unglücklicherweise tragen viele ihrer Gegner (auch viele Journalisten) dazu bei, dass dies so bleibt. Statt die Populisten gelassen zu demontieren, werden sie dämonisiert, und immer wieder begehen ihre Widersacher dabei den Fehler, Populistenkritik auf Populistenniveau zu üben. Statt heiße Eisen gekonnt zu schmieden, nämlich sachlich und unaufgeregt, lassen sie sich von den Provokateuren zur Weißglut treiben. So haben dieselben Leute, die die herabsetzende und pauschalierende Bezeichnung »Nafri« für Nordafrikaner kritisieren, kein Problem damit, AfD-Wähler pauschal und herabsetzend als »Nazis« zu bezeichnen. Natürlich gibt es Nazis in der AfD. Aber solche undifferenzierten Reaktionen gelten wankelmütigen Wählern wiederum als Beweis dafür, dass sich *die* Elite auch nicht ausgewogener, fairer oder moralischer verhält, als die Renegaten es tun.

Tatsächlich steht die AfD beständig auf der Kippe zwischen der Protestpartei, als die sie entstanden ist, und einer Umstürzlerbewegung, die sich vor dem Zustrom von allerlei Verrückten nicht retten kann – und es offenbar auch gar nicht will. Was als ein zwar radikales, aber demokratisches Alternativangebot gegen den Elitenkonsens der Eurorettung begann, ist heute eine Partei, die keine Scheu hat, Rassisten und Verschwörungstheoretiker in Parlamente zu bugsieren. So bedient sich der thüringische AfD-Landesvorsitzende Björn Höcke eindeutig nazistischer Sprachmuster (»Tat-Elite«, »tausendjährige Zukunft Deutschlands«, der Wunsch, dass Deutschland »erwache«). Und wenn der Fraktionschef

im Bundestag, Alexander Gauland, sich darauf freut, die SPD-Staatsministerin Aydan Özoğuz in Anatolien zu »entsorgen«, weiß er genau, was er da miteinander verbindet: den Wunsch, die gewählten Eliten auszutauschen, mit dem Wunsch, angeblich ethnisch »unechte« Deutsche wie Müll aus dem Land zu werfen. Trotzdem wird man die AfD nicht bekämpfen, indem man allen ihren Mitgliedern völkisches Denken vorwirft.

Viele CDU-Wähler unterstützen Angela Merkel nicht wegen, sondern trotz ihrer Flüchtlingspolitik. Warum sollten nicht auch viele AfD-Wähler die Partei nicht wegen, sondern trotz ihrer Gaulands und Höckes wählen?

Am Tag der Bundestagswahl 2017 sagte nur ein Drittel der AfD-Wähler, sie gäben der Partei wegen ihres Programms ihre Stimme. Fast zwei Drittel sagten, für sie sei die Enttäuschung über die anderen Parteien ausschlaggebend.¹³ Die dringende Frage muss demnach doch lauten, was so viele Wähler enttäuscht und was sie von der Mitte entfremdet hat.

Damit sind wir bei der zweiten Möglichkeit, auf den Vertrauensverlust gegenüber der liberalen Demokratie und ihrer Repräsentanten zu reagieren. Sie wäre, eine ehrliche Fehleranalyse anzustellen und, in einem weiteren Schritt, Vorschläge für Reparaturen zu machen. Solange die Debatte darauf herumreitet, *wer* welche Schuld an welchen Versäumnissen trägt, und nicht, *was* getan werden sollte, so lange werden Populisten von dem inhaltlichen Stillstand profitieren.

Darum, wie mehr Bewegung in der Sache entstehen kann bei den heißen Identitätseisen, von Migration über Islam bis zum Feminismus, aber auch um die Verantwortung von Journalisten, soll es im zweiten Teil dieses Buches gehen.

Beginnen wir aber mit der Zustandsanalyse Deutschlands. Welche Unwuchten, welche Ungerechtigkeiten und welche untergründigen Spannungen haben Politiker und Journalisten zu lange übersehen und damit das Gift des Misstrauens in die Berliner Republik fließen lassen? Wenn die repräsentative Demokratie darunter leidet, dass viele Bürger ihr wenig Problemlösungskompetenz attestieren, ist eine (selbst-)kritische Diagnose gefragt. Wo also waren die Repräsentanten unsensibel, gutgläubig oder zu wenig selbstkritisch? Welche heraufziehenden deutschen Spaltungen haben sie zu lange übersehen?

Es sind mindestens fünf:

1. die Spaltung des Landes in Globalisten und Nativisten,
2. die Folgen der Ost-West-Teilung,
3. die ungerechte Wohlstandsverteilung,
4. die neue (Über-)Betonung von Identitäten und
5. der polarisierende Effekt der sozialen Netzwerke.

Welche Schäden diese Spaltungen anrichten können, ist in anderen Ländern teilweise schon deutlicher zu besichtigen. Um einen Maßstab dafür zu bekommen, wo Deutschland steht, muss man den Blick deshalb auch nach draußen richten.